

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

44 (10.11.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3 Nr. 44

Mannheim, 10. November 1948

Preis 15 Pfg.

Vor Generalstreik in der Bizone

Zehn-Punkte-Programm der Gewerkschaften gegen den Frankfurter Wirtschaftsrat
„Die Zeit der verhältnismäßigen Ruhe und des Ertragens ist vorbei!“

Der bizonale Gewerkschaftsrat hat einen eintägigen Generalstreik zur Demonstration des gewerkschaftlichen Willens beschlossen. Die Zeit der verhältnismäßigen Ruhe und des Ertragens sei vorbei. Alle Hoffnungen, daß die Anarchie auf den Warenmärkten und das Auseinanderklaffen von Preisen und Löhnen ohne besondere Anstrengungen und Anwendung außerordentlicher Mittel überwunden werden könnten, hätten sich als illusorisch erwiesen. Die Gewerkschaften könnten nicht länger zusehen, daß die Arbeiter um den Ertrag ihres Arbeitsfleißes betrogen werden, daß ein Schmarotzertum ihnen die Butter vom Brot nehme und das Unternehmertum seine alte Machtstellung über die Wirtschaft und im Staate wieder aufbaue.

In einem Zehn-Punkte-Programm fordert der bizonale Gewerkschaftsrat die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notzustandes, wirksame Maßnahmen, um beim Lastenausgleich den Sachwertbesitz, sowie den Sachwert der Dinge aus Warenhortungen und Preiswucher zu erfassen und für einen gerechten sozialen Lastenausgleich zu verwenden. Wiederherstellung der vollen Erfassung und Bewirtschaftung im Ernährungssektor, Planung und Lenkung im gewerblichen und industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite, Ueberführung der Rohstoffindustrie und der Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft und Demokratisierung der Wirtschaft unter gleichzeitiger Mitwirkung der Gewerkschaften und der Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Das Zehn-Punkte-Programm der Gewerkschaften findet volle Unterstützung der Kommunistischen Partei und kann bei einem energischen Kampf der Gewerkschaften um seine Verwirklichung ein wesentlicher Faktor werden, um der verheerenden Ausplünderungspolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates Schranken zu setzen. Es soll aber nicht übersehen werden, daß unter den 10 Punkten des Programms ein sehr wesentlicher Punkt fehlt. Die Forderung nach einer allgemeinen Lohnerhöhung müßte ein Gewerkschaftsprogramm unbedingt enthalten. Die Höhe der Lohnforderung von 40 Prozent wäre noch weit davon entfernt, der Teuerung voll zu steuern. Eine 40proz. Lohnerhöhung wird nur zu einem Teil den Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen geben und würde nur das himmelschreiende Maß der sozialen Ungerechtigkeit etwas vermindern. Deshalb ist die Forderung nach Lohnerhöhung gerecht und am Platz.

Christliche Äußerungen mit ungewohntem Klang

Pastor Niemöller

erklärte in einem Vortrag vor dem Dortmunder Volksbildungsring, es gäbe nur eine Gruppe von Leuten, die noch einen Glauben hätten, nämlich die Kommunisten. Sie glaubten lebhaft und fanatisch, das Mittel zu besitzen, um die Welt glücklich zu machen. Der Rest der Menschheit hätte demgegenüber ein Ideal nur auf der Fahne, glaube aber selbst nicht, daß es etwas nütze. Die Christenheit sei nicht dazu da, um zu einem Kreuzzug gegen die Kommunisten gesammelt zu werden, denn wer könne sagen, daß das Christentum und die bürgerliche Welt zusammengehören?

Dekan von Canterbury

hatte sich vor der neuen Rotationsmaschine eingefunden, die ab 1. November den „Daily Worker“, das Blatt der Kommunistischen Partei Großbritanniens als Tageszeitung und in Großformat druckt und dabei seiner Freude mit den Worten Ausdruck verliehen: „Dies ist für uns alle ein stolzer Augenblick! Mir wird mitgeteilt, daß der Erzbischof von Canterbury mit der „Times“ in Beziehung steht und sehr stolz darauf ist. Ich bin noch viel stolzer auf meine Beziehung zum „Daily Worker“, eine Beziehung, auf die jeder christliche Pfarrer stolz sein sollte. Diese Zeitung vertritt den wahren patriotischen Glauben in unserem rühmreichen England.“

(K. V.)

Erhard möchte Kompromiß

Professor Erhard, der den Beschluß des Gewerkschaftsbundes aus begrifflichen Gründen bedauert, möchte einen Kompromiß, der ihm nichts kostet. Sein Vorhaben wird vergebens sein und nicht den eintägigen Generalstreik abwenden. In Verhandlungen mit Gewerkschaftsvertretern bezog Professor Erhard die Stellung, daß es ihm möglich sei, in einigen Punkten den Gewerkschaften Rechnung zu tragen, aber die Gesamtkonzeption seiner Politik dürfe dabei nicht in Frage gestellt werden.

Schönheitskorrekturen haben allerdings keinen Wert. Mit ihnen wird sich das arbeitende Volk nicht zufrieden geben und die Gewerkschaften werden sich nicht aufs Glatteis führen lassen. Ein Generalstreik richtet sich eben gegen die Gesamtkonzeption der Politik Prof. Erhards und des Frankfurter

Wirtschaftsrates. Den Versicherungen Prof. Erhards, daß keine Preissteigerung und Inflation mehr bevorstehe, ist kein Glauben zu schenken; es ist dabei aber festzuhalten, daß Prof. Erhard damit seine Verantwortlichkeit für die Teuerung eingesteht.

Im Zusammenhang mit dem Beschluß des Bundesrates der Gewerkschaften verdient eine Meldung Interesse, die sagt, daß „christlich-demokratische Arbeiterführer“, die in Köln tagten, gegen den Generalstreik Stellung genommen haben. Es erhebt sich die Frage: Wer sind diese „christlichen Arbeiterführer“? Sind es Gewerkschaftsführer, die Positionen innerhalb des Gewerkschaftsbundes haben und von diesen aus die Politik der CDU verteidigen? Demgegenüber ist die Konsequenz in Anwendung zu bringen, die sie selbst anlässlich ihrer Kölner Tagung gegen die Gewerkschaften bekundet haben.

Tag des Generalstreiks der Freitag

Außer Prof. Erhard hat sich auch der Oberdirektor des Wirtschaftsrates, Dr. Pünder, bemüht, die Gewerkschaften von ihrem notwendig gewordenen Schritt abzuhalten. Die Stellungnahme der einzelnen Landesorganisationen des Gewerkschaftsbundes zum Beschluß ihres Gewerkschaftsrates läßt erkennen, daß die beschlossene Aktion durchgeführt wird. Der kommende Freitag ist der dazu ausersehene Tag. Der Gewerkschaftsbund von Württemberg-Baden hat auf einer außerordentlichen Landeskonferenz seine Übereinstimmung mit dem Gewerkschaftsrat bekundet.

„Niederlage der Kommunisten“?

Die Wahl zum „Rat der Republik“

Die 103 500 Wahlmänner von 97 französischen Departements-Hauptstädten haben am Sonntag den „Rat der Republik“ Frankreichs gewählt. Der Wahl ging eine Aenderung der Wahlordnung voraus. An Stelle der Verhältniswahl wurde die Mehrheitswahl gesetzt, ausschließlich zu dem Zwecke, die Kommunistische Partei Frankreichs vom „Rat der Republik“ nach Möglichkeit auszuschalten.

Von 320 Ratsmitgliedern wurden in Frankreich am Sonntag 262 gewählt. Der Rest verteilt sich auf die Kolonien, wo die Wahlen in den kommenden Wochen erst noch durchgeführt werden müssen.

Nach der amtlichen Liste haben die Gaullisten 55, die Republikanische Union 64, Unabhängige Radikale 41, Sozialisten 48, MRP (Volks-Republikaner) 15, Kommunisten 16, Republikanische Freiheitspartei 13, Unabhängige Sozialisten 3, Unabhängige Moslems 6 Sitze und die Algerische Demokratische Partei einen Sitz erhalten. Das Wahlergebnis wird heftig umstritten. De Gaulle beziffert seine Sitze nicht mit 55, sondern mit 97 im „Rat der Re-

publik“. Er reklamiert 42 Abgeordnete, die unter falscher Parteiflagge gewählt wurden, für sich.

„Der Rat der Republik“ hat als Zweite Kammer Frankreichs keine erstrangige Bedeutung. Er kann eine ihm nicht genehme Gesetzgebung zeitlich dadurch verzögern, daß es ihm möglich ist, zwei Lesungen zu erzwingen. Auf die Wahl des Staatspräsidenten hat sie einen Einfluß und darin liegt im wesentlichen seine Bedeutung.

De Gaulle wird als der Sieger gefeiert. Die größten Verluste hatte der MRP. Des Außenministers Schuman. Die Kommunistische Partei hat 47 Sitze verloren. Von den 16 Sitzen, die ihr verblieben sind, entfallen allein auf das Departement Seine 8.

In den Pressekommentaren wird von einer „erheblichen Niederlage“ der Kommunisten gesprochen. So wenig verschwiegen werden soll, daß die Kommunisten eine Vielzahl von Sitzen im „Rat der Republik“ verloren haben, ist diese Behauptung insofern irreführend, als es sich bei diesen Wahlen ja nicht um Urwahlen handelte. Die Wahlmänner, die den Rat der Republik wählten, sind von den Gemeindeparlamenten der Departements-Hauptstädte und den kontinentalen Abgeordneten aufgestellt worden. Bei entsprechenden Koalitionen der bürgerlichen, sozialistischen und gaullistischen Parteien war es möglich, die Kommunistische Partei von der Stellung von Wahlmännern auszuschließen, auch dann, wenn sie im Gemeindeparlament die stärkste Partei war, aber nicht über eine absolute Mehrheit verfügte. Das war im wesentlichen bei der Aufstellung der Wahlmänner der Fall, und erklärt die sogenannte Niederlage. Die Kommunistische Partei Frankreichs ist die stärkste Partei des Landes, ist es nicht nur geblieben, sondern hat, wie alle Nachwahlen beweisen, ihren Einfluß noch verstärkt, während außer de Gaulles „Französischer Volksunion“ alle bürgerliche Parteien einschließlich der Sozialisten im höchsten Maße Haare lassen mußten, so daß diese bei einer allgemein durchgeführten Volkswahl in ihrer Zusammenfassung als so-



Die Revolution
vom 9. Nov. 1918

Sonntag, 14. November
vormittags 10.30 Uhr
im Rosengarten

Gedenkfeier

zum 30. Jahrestag der
deutschen Revolution

KPD.

Kreisvorstand Mannheim

Wankender Eckpfeiler

Mit dem Fall Mukdens, der Einnahme der gesamten Mandchurei, dem industriellen Herzstück Chinas, durch die kommunistisch-demokratische Freiheitsarmee ist die Entwicklung im Fernen Osten in die Phase weltgeschichtlicher Entscheidung eingetreten. Den Niedergang des Diktaturregimes Tschiang-Kai-Scheks hält nichts mehr auf. Noch so hohe Millionen-Dollarbeträge, noch so große Waffenlieferungen vermögen die Dinge zu wenden. Nichts kann mehr das Regiment der Gewalt halten und vor dem Zusammenbruch retten. Wie arm nehmen sich die moralisierenden Vorschläge aus, die heute wieder Tschiang-Kai-Schek gemacht werden, um aus „innerer Kraft“ dem todgeweihten System Leben zu geben. Der heutige Außenminister der USA, Marshall, hat vor Jahren, als er der militärische und politische Experte seines Landes in China war, damit auch nicht gespart. Was damals nicht helfen konnte, hilft fünf Minuten vor 12 erst recht nicht mehr. Kann ein ausgehaltenes System überhaupt eine innere moralische Kraft aufbringen? Wenn sie alle wollten, die Auftraggeber wie Tschiang-Kai-Schek und seine Trabanten selbst, es wäre nutzlos. Der Inhalt ihrer Politik ist dirigiert von den fremden Monopolinteressen und dem, was dabei abfällt für eine kleine schmarotzende Oberschicht. Stärke und Kraft wird auf diesem Boden nie geboren. Stärke und Kraft zur Erneuerung liegt in der großen Masse des chinesischen Volkes, die mit ihrer Befreiungsarmee die wuchtigen Schläge gegen Tschiang-Kai-Schek führt und sein Regime vernichten wird. Man wird in den verschiedenen Hauptstädten der westlichen Länder weniger um Tschiang-Kai-Schek als um die Milliarden trauern, die man in China reinstreckte. Man wird mehr betroffen sein durch den Ausfall des großen Spekulations- und Ausbeutungsfeldes eines Hunderte-Millionen-Volkes, man wird — und das schon heute — weit mehr in erschreckter Besorgnis die Einbuße einer der stärksten Machtpositionen der Welt sehen, denn Chinas Volk ist im siegreichen Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapital, im siegreichen Kampf um den Sozialismus. Man wird — und man tut es sogar — angesichts dem weltweiten Wetterleuchten aus China den „Fall“ Berlin zeitweise vergessen. Chinas Volk befreit sich von ausländischen und inländischen Bedrückern, es nimmt selbst von seinem Land, das es bearbeitet, Besitz und kämpft um den Frieden, den ihm niemand bringen kann, den es sich selbst geben muß.

Als die Mandchurei fiel, wurden noch Pläne erörtert, wie für Tschiang-Kai-Schek Nordchina zu halten sei. Der Verlust Tschiang-Kai-Scheks war bedeutend größer, als er trotz des Eingeständnisses der Katastrophe zugab. Der kommunistische Rundfunk Chinas beziffert die Verluste Tschiang-Kai-Scheks an Gefallenen und Gefangenen (Fortsetzung auf Seite 2)

genannte „Dritte Kraft“ keine tragfähige Mehrheit für eine Regierungskoalition mehr zustande bringen werden. —ii—

Eine abgefeymte Gaunerei

(AP) Der kommunistische Pressechef Florimond Bonte nannte die Wahlen eine „abgefeymte Gaunerei“. Bonte sagte: „Wir sind der Ansicht, daß die Wahlergebnisse nicht die Meinung des französischen Volkes wiedergeben.“ Nur 100 000 von etwa 25 Millionen Wahlberechtigten seien befragt worden und selbst diese kleine Minderheit privilegierte Personen sei nicht durch eine Allgemeinheit, sondern von Gemeinderäten gewählt worden.

(Fortsetzung von Seite 1)

mit 2 1/2 Millionen Soldaten. Tschiang-Kai-Schek hat keine Atempause nach seiner Niederzwingung in der Mandschurei bekommen. An allen fünf Fronten des chinesischen Bürgerkrieges geht die Offensive der kommunistischen Befreiungsarmee weiter. Nanyang in Südwest-Honan und Feengtai in Nganhwei sind bereits erobert. 220 km stehen die Kommunisten vor Nanking, der Hauptstadt des Landes. Die Demoralisation des Regimes Tschiang-Kai-Scheks wird unter den Schlägen der militärischen Niederlagen größer und größer und seine Aktionsfähigkeit durch die Regierungskrise in Permanenz gelähmt. Es geht bereits um Zentralchina!

Tschiang-Kai-Scheks verlorene Schlachten hat das Weltkapital verloren. Es wankt ein Eckpfeiler des Imperialismus. Die Ereignisse in China erinnern an das Wort eines unserer Klassiker: „Weltgeschichte ist Weltgericht“.

W. G.

Die Präsidentenwahl

Harry Truman bleibt Präsident der USA. Sein Sieg über Dewey, den Kandidaten der republikanischen Partei, war für die USA und die Welt völlig überraschend. In der amerikanischen Öffentlichkeit, soweit diese durch die Zeitungen der großen Pressekonzerne und dem Gallupinstitut repräsentiert werden, war Truman ein toter Mann, einer, der seine Bewährungsprobe als Präsident auch nicht bestanden haben sollte. Daß die Repräsentanten einer monopolistisch beherrschten öffentlichen Meinung in der USA auf den Republikaner Dewey setzten, entsprang dem Wunsch, den konsequentesten Vertreter von Wallstreet und den Interessen der amerikanischen Kriegspartei dienlicheren Kandidaten in Zukunft als Präsident Amerikas zu haben. Es klingt wie ein Treppenwitz, daß amerikanische Zeitungen nach der Wahl den Sieg Deweys verkündet haben. Der Münchner „Merkur“ tat ein Gleiches. Die Skrupellosigkeit amerikanischer Journalistik macht auch bei uns Schule. Ein Wunder ist es nicht.

Ueber den überraschenden Sieg Trumans, der um so bedeutender ist, als die demokratische Partei nunmehr auch über klare Mehrheiten im Senat und Abgeordnetenhause verfügt, wird eingehend nach Gründen gesucht. Der aufschlußreichste Grund dürfte sich in der Tatsache ausdrücken, daß bei der Wahl zum Repräsentantenhaus über 40 Mitglieder, die für das Taft-Hartley-Gesetz, das sich gegen die Arbeiterschaft richtete, gestimmt hatten, nicht wieder gewählt wurden. In der Innenpolitik sah die große Masse der Wähler — wie weit mit Recht oder Unrecht, sei dahin gestellt — in Truman den Nachfolger und Garant der New Deal-Politik Roosevelts, den Mann, der sein Veto gegen das Taft-Hartley-Gesetz eingelegt hat, der den Kampf gegen die Inflationserscheinungen zu führen verkündete und der gegenüber den Republikanern in der Frage der hohen Preisgestaltung und deren Angriffe auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten bremsend wirkte. Daß Truman sich gegen die Hexenjagden des Unamerikanischen Komitees und die Rassendiskriminierung wandte, hat ihm sicher viele Stimmen gebracht.

Außenpolitisch sagte man Truman nicht viel Gutes nach. Es gehörte insbesondere in letzter Zeit in der gemachten öffentlichen Meinung Amerikas zum guten Ton, in ihm so etwas wie eine außenpolitische Unmöglichkeit zu sehen. Sein kurz vor der Wahl angesetztes Vorhaben, Vinson als Sonderbotschafter nach Moskau zur Bereinigung der Berliner Frage zu senden, schien der eklatante Beweis dafür zu sein. Trumans großer „Fehler“ sein Schwanken, wo andere mehr Härte zeigten, hat sich als seine Chance bei der Wahl erwiesen, denn das in seiner Mehrheit friedliebende amerikanische Volk glaubte, dies so deuten zu müssen, daß die Sache des Friedens in den Händen Trumans besser als in denen Deweys aufgehoben sei. Wer nach einem Grund für den überraschenden Ausgang der Wahl sucht, wird darin den treffendsten finden. Daß die Wahl Trumans außerordentliche Kursstürze an der New Yorker Börse auslöste, kann zur Erhärtung dieser Meinung dienen.

Es ist gewiß richtig, zwischen der republikanischen und demokratischen Partei in der USA keinen großen Unterschied zu machen. Beide sind Vertreter des amerikanischen Monopolkapitals, trotz gewisser Differenzierungen, die weniger im Prinzipiellen als in der Methode ihrer Politik liegen. Keinerlei Unterschied gelten zu lassen, wäre falsch. Die Rooseveltsche Politik bedeutet ein Stück Tradition und Verpflichtung für die demokratische Partei, von der ihre heutigen Führer nicht ganz los kommen. Die amerikanischen Wähler in ihrer Mehrheit glauben an sie und haben der demokratischen Partei und Präsident Truman, die längst den Weg Roosevelts verlassen haben, mindestens eine deutliche Mahnung mit auf den Weg gegeben. Es dürfte nach dem Wahlausgang in der USA etwas schwer fallen, ganz die Friedensliebe des amerikanischen Volkes außer Acht zu lassen, denn dieses hat bei der Wahl

Lastenausgleich auf Kosten der Geschädigten

Ganze 70 Mark für Erwerbsunfähige — 10 Milliarden für die Großbanken

Fünf Monate nach der Währungsreform und eineinhalb Monate vor dem von der Militärregierung angeordneten Termin für den Abschluß des Lastenausgleiches wird das erste Lastenausgleichsgesetz, das sogenannte „Sofortprogramm“, dem Wirtschaftsrat unterbreitet werden. Der westdeutschen Bevölkerung wird an diesem Tempore klar, was die Regierungsparteien, die CDU/CSU und SPD, unter „Sofort“ verstehen.

Diese „Soforthilfe“ ist ein würdiges Produkt des seit Monaten im geheimen tagenden Fünfzehnerausschusses für die Vorbereitung der Lastenausgleichsgesetze in Bad Homburg. Wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet, hat man vor lauter Eile „manche Dinge nicht berücksichtigt“. Dieser

„Eile“ fallen natürlich diejenigen zum Opfer, die seit Jahren darauf warten, entschädigt zu werden. Man hat nämlich „vergessen“, die zu Entschädigten von der Vermögensabgabe zu befreien, das heißt sie sollen genau so zahlen wie die Kriegsgewinnler, Kriegsinteressenten und Währungsgeschäftsmacher; sie sollen ihren Lastenausgleich selbst bezahlen.

Ein anderer Lastenausgleich war nach den Plänen des Homburger Ausschusses nicht zu erwarten. In monatlichen Beratungen haben diese „Sachverständigen“ nichts Besseres hervorgebracht als eine neue Art Wohlfahrtsrente, die wieder von der breiten Masse des Volkes aufgebracht werden muß. Diese Rente wird außer-

dem nur auf Antrag gewährt und läuft schon am 30. September des nächsten Jahres ab. Die Anspruchsberechtigten dieser Rente müssen Geschädigte über 65 Jahre sein oder durch völlige Invalidität keinem Erwerb mehr nachgehen können. Für diese Leute hat man ganze 70.— DM im Monat übrig, während Witwen mit kleinen Kindern, die nicht zur Arbeit gehen können, überhaupt nichts erhalten.

Wenn im Vergleich damit die Großbanken, wie der württembergisch-badische Finanzminister Dr. Köhler bekanntgab, 10 Milliarden DM „zur Deckung der aus der Umstellung hervorgehenden Verbindlichkeiten“ von den Ländern erhalten sollen, dann wird jedem klar, daß der Lastenausgleich dazu benutzt werden soll, die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer zu machen. Da die Länder durch die Währungsreform völlig enteignet wurden und keine Mittel zur Zahlung dieser 10 Milliarden besitzen, muß den Großbanken ihr Vermögen durch Steuern ersetzt werden.

Dieses Sofortprogramm gibt aber noch weiteren Aufschluß darüber, wer den Lastenausgleich bezahlen soll. Zur Aufbringung der Mittel für das Sofortprogramm werden Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe von land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen gefordert. Die Freigrenze beträgt 3000.— DM! Von diesem Vermögen müssen — gleichgültig wie hoch sie sind — 2 Prozent als Vorauszahlungen abgeführt werden. Damit sind praktisch alle Kleinbauern, Siedler und Eigenheimbesitzer verpflichtet, Vorauszahlungen zu leisten. Zwei Prozent Belastung auf alle Vermögen, gleichgültig ob es 3000.— DM oder drei Millionen sind, das heißt den kleinen Mann genau so schröpfen wie den Krösus, der erfahrungsgemäß seine Verlustprozente bei der Masse des Verbrauchers wieder hereinholt. Wenn diese Art der Vermögensabgabe für den gesamten Lastenausgleich praktiziert werden sollte, dann steht schon heute fest, daß bei einer Freigrenze von 3000.— DM alle Haushalte belastet werden.

Wir sind nicht so naiv wie die „Frankfurter Rundschau“, die annimmt, man habe in der Eile vergessen, jene von der Belastung auszuschießen, die im Rahmen des Lastenausgleiches anspruchsberechtigt sind. Im Gegenteil: Die Erhebungspraxis der Vermögen beweist schon heute, daß kleine Leute, die ihr Häuschen und ihre Wohnungen mühselig mit den letzten Sparpfennigen wieder in stand gesetzt haben, zur Vermögensabgabe in vollem Umfang herangezogen werden.

So gibt dieses Sofortprogramm einen Vorschmack auf den Lastenausgleich, der da kommen soll. Wir wissen aber, daß geplant ist, dieses Sofortprogramm (nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Fünfzehnerausschusses, Senator Dudek) zunächst als Ersatz für den Lastenausgleich zu schaffen, und daß der Lastenausgleich an sich durch das künftige westdeutsche Parlament beschlossen werden soll. Womit der Lastenausgleich „an sich“ auf den St. Nimmerleinstag verschoben ist, wenn die Werktätigen und Geschädigten nicht energisch dafür eintreten, daß die Kriegsgewinnler und Kriegsinteressenten für die Begleichung der Rechnung, die sie dem deutschen Volk präsentiert haben, mit ihrem Vermögen herangezogen werden und daß den ins Elend Gestürzten endlich geholfen wird.

Belegschaft gegen Sondersteuer

(EB) Die Belegschaft der Firma H. Lang, Autoverwertung in Karlsruhe, erhebt in einer einstimmig angenommenen Entschließung scharfen Einspruch und Protest gegen den beabsichtigten Abzug für das Notopfer Berlin. Die wirtschaftliche Lage der Werktätigen ist auf dem Tiefpunkt angelangt und jeder weitere Abzug am Lohn ist eine Provokation gegen die Arbeiterschaft, heißt es in dieser Entschließung. Von der Gewerkschaftsvertretung wird verlangt, daß sie mit aller Energie diesen neuen Lohnraub bekämpft.

5820 Rußlandheimkehrer

5820 Rußlandheimkehrer trafen vom 1.—5. November 1948 im Lager Großenfelde (Frankfurt a. d. O.) ein.

V. E. Detmold

Falschmeldung auf Falschmeldung

Stuttgarter Vorfälle Maßstab für die „Objektivität“ einer lizenzierten Berichterstattung

Das Ortskartell der Gewerkschaften hatte über die Ausschreitungen in Stuttgart eine Feststellung getroffen, die wir noch einmal in Erinnerung rufen wollen. Sie lautete:

„Die Verantwortung für die Zwischenfälle in Stuttgart kann nur denjenigen zugeschrieben werden, die unfähig sind, die Preise zu stoppen.“

So bedauerlich die Stuttgarter Vorgänge waren, hat diese Feststellung aber ins Schwarze getroffen. So bedauerlich die Vorfälle waren, war nie einzusehen, warum über Stuttgart das inzwischen aufgehobene Ausgehverbot verhängt worden war. So bedauerlich die Vorgänge waren, ist der Eindruck unverkennbar, daß man mehr und etwas anderes aus ihnen machen wollte, als sie darstellten.

Der „Volkswille“ hat dankenswerter Weise „Eine amerikanische Darstellung“ im Wortlaut über die Vorgänge veröffentlicht. Sie war in „Stars and Stripes“ zu finden. Wir wollen daraus nur einen Absatz wiedergeben, der genügend spricht.

„Eine aufrührerische Menge von ungefähr 30 000 Menschen, in Erregung gebracht durch einen Arbeiterführer, wütete heute verschiedene Stunden im Zentrum Stuttgarts, bis sie durch amerikanische und deutsche Polizei auseinandergejagt wurde.“

Amerikanische Journalisten sind im Vollbesitz der Pressefreiheit, vielleicht ist darin der Schlüssel zu finden, der diese Darstellung so „wahr“ macht.

Der Radiosprecher Frenzels fühlte sich anscheinend ermuntert durch ähnliche Artikel, als er gar gleich den Eindruck erwecken wollte, als ob es sich anlässlich der bei den Vorkommnissen Verhafteten um Kommunisten handle. Die „Schwäbische Post“ (amerikanisch lizenziert) geht noch ein Stück weiter. Sie kennt sich aus in ihrem Ländchen, kennt die Politiker und natürlich auch die Arbeiterführer. Sie weiß sofort, um wen es sich handelt, wenn es auch der Schreiber von „Stars and Stripes“ nicht gekonnt haben sollte. Sie glaubte sicher auch jemand mit ihrem genauen Wissen einen Gefallen tun zu können. Wenn sich schon General Clay für die Vorgänge interessierte, konnte man sich einen Verdienst von politischer Tragweite erwerben. Also frisch drauf los! So hieß es dann eines Tages: „Auch der frühere Arbeitsminister Kohl wurde dabei beobachtet, wie er heftig agierte.“

Einen Tag später wird sie schon kühner. Ueber die Erklärung des Parteivorstandes der KPD wird die Bemerkung gemacht, „(er) hätte besser bei der Wahrheit bleiben können,

wenn er vor der Veröffentlichung eine Erklärung zum Beispiel seine Genossen Kohl und Bechtle gefragt hätte, wo sie sich in der fraglichen Zeit in Stuttgart aufhielten. Der Chef der uniformierten Polizei, Herr Frank, konnte dem KP-Gemeinderatsmitglied, Herrn Bechtle, nur noch in letzter Minute die Feinheit seiner Verhaftung ersparen, sonst säße Herr Bechtle heute wahrscheinlich neben seinem Genossen (den Radio-Frenzels zum Genossen machte. D. Red.) Mokröb vor dem amerikanischen Militärgericht.“ Der Schreiber weiß natürlich genau so gut wie wir, daß eine frühere oder spätere Verhaftung, wenn die Voraussetzung zutreffen würde, den Stadtrat Bechtle nicht vor dem Militärgericht bewahrt hätte. Es kommt dann in dem gleichen Artikel nochmals eine Denunziation, daß die beiden „Herren Bechtle und Kohl“ — und diesmal auch ein Dritter noch, Eberle — von Zeugen gesehen und — natürlich — Funktionäre der KPD nicht nach Steinen gegriffen hätten.“

In zwei neuerlichen Erklärungen stellt der Parteivorstand der KPD Württemberg-Badens ganz nüchtern fest, daß der Stadtrat Bechtle sich ab 16.30 Uhr in einer Sitzung der Verwaltungsabteilung des Gemeinderats befand, in der er von Bürgermeister Hirn über die Vorkommnisse unterrichtet worden ist. Der frühere Arbeitsminister Kohl hatte Stuttgart um 14 Uhr verlassen, weil er an diesem Tage in Mannheim sprechen sollte und auch gesprochen hat. Die Vorgänge aber in Stuttgart in der Königstraße haben sich um 18.30 Uhr abgespielt.

Wir wissen nicht, ob von der amerikanischen Militärregierung von diesen verschiedenen Berichterstattungen der Nachweis über ihre Informationsquellen verlangt wird. Wenn er verlangt wird — wir glauben nicht, daß es zu einer Anklageerhebung wegen Beunruhigung oder Irreführung des deutschen Volkes kommen wird. Was die „Schwäbische Post“ getan hat, hat sie ja nur (!) gegen Kommunisten getan.

Ueberraschend wahr

Während der Konferenz der Militärgouverneure Vlay und Robertson mit den Ministerpräsidenten der Doppelzone nahm der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Maier, zu den Unruhen in Stuttgart Stellung. Er äußerte, man könne diese nicht den Kommunisten zur Last legen, sondern müsse sie vielmehr als Ausdruck eines zunehmenden Radikalismus ansehen. (Heilbronner Stimme)

gegen die Kriegspartei in der USA votiert.

Henry Wallace, der konsequenteste Vertreter des Fortschrittes unter den Kandidaten der amerikanischen Präsidentschaftswahl, hat 1,1 Millionen Stimmen erhalten; davon allein im Staate New York über eine halbe Million. Dies Resultat ist nicht erhebelnd, es dürfte aber bei Wallace ausschlaggebend sein, daß viele Wähler, insbesondere aus Gewerkschaftskreisen, die ihm zugetan sind, keine Kandidatur als aussichtslos betrachteten und die ihm deshalb ihre Stimme versagten. Vor die Wahl gestellt, zwischen dem Demokraten und dem Republikaner zu entscheiden, wählten sie das kleinere Übel.

Pressestimmen

Tschiangs schlimmster Monat

Der Monat Oktober 1948 ist in der ganzen langen Geschichte des chinesischen Bürgerkrieges für die nationalistischen Streitkräfte des Generalissimus Tschiangkai-shek der schlimmste gewesen. In der Mandschurei und in Nordchina haben die Nationalisten ganze Divisionen von Truppen an die Kommunisten verloren. Die Nationalisten sind gezwungen gewesen, wichtige Städte und weite Gebiete aufzugeben, als die Kommunisten nach Süden vorgestoßen sind... Die Serie militärischer Katastrophen hat die nationalistische Moral schwer erschüttert. Das Prestige des Generalissimus Tschiang, der in Peking in Nordchina in den letzten Wochen selbst den größten Teil seiner Armeen geleitet hat, ist auf einen Tiefpunkt gelangt. Es ist in Nanking viel darüber diskutiert worden, wie lange die nationalistische Regierung aushalten kann.

„New York Times“, 31. 10. 48

Berlin

Es gibt kein Anzeichen dafür, daß entweder das Foreign Office oder das State Department über die nächsten Schritte in dem Berliner Kampf nachgedacht haben. Wenn sie auf ihrer gegenwärtigen Taktik beharren, dann werden sich die Spieler einem Unentschieden gegenübersehen, und sie werden sich dazu bereit finden müssen, die Wirkung der Wintermonate auf die Geduld und Ausdauer der Berliner und ihrer Militärgouverneure abzuwarten... Die Gefahr ist jetzt, daß eine eindrucksvolle und sensationelle Initiative von russischer Seite kommen wird, ein Angebot, das vielen als eine Möglichkeit erscheinen mag, einen Rückzug des Westens aus Berlin vorzunehmen, bei dem das Gesicht gewahrt bleibt.

„The Economist“, London, 30. 10. 48

Ausgerechnet Herr Erhard!

Die CDU hatte sich Herrn Erhard, den Schutzpatron aller „Freien Marktwirtschaftler“ und „Preistreiber“ nach Mannheim für eine öffentliche Versammlung verschrieben. Wohl zum Leidwesen der Veranstalter waren viele Mannheimer Arbeiter, trotz des nicht geringen Eintrittspreises erschienen, um den Herrn Direktor für Verwaltung der Wirtschaft aus allernächster Nähe zu besehen und zu hören, wie er seine volksfeindliche Politik zu verteidigen gedachte.

Natürlich will Herr Erhard nicht einzelnen Schichten, sondern dem ganzen Volke dienen. Selbstverständlich sei es gewesen, daß die Preise steigen mußten und richtig war es, daß gehortet wurde. Aber nicht richtig ist es nach den Ausführungen von Herrn Prof. Erhard, daß bei der Währungsreform „konsumbegünstigende Kaufkraft“ geschaffen worden ist, mit anderen Worten, es war ein Fehler, Kopfgeld überhaupt auszuzahlen. Nieder mit der Bürokratie und Bonzokratie (ganz wie bei den Nazis) aber hoch die Wirtschaftsbürokratie des Herrn Erhard, denn nur die Verwaltung für Wirtschaft hat wirklich etwas geleistet, alles andere sei Demagogie.

Unter dem dauernden Widerspruch der Versammlung gab Herr Erhard vorstehende Weisheiten zum Besten. Er unterließ es aber wohlweislich, auf die mitunter sehr treffenden Zwischenrufe einzugehen.

Mit dem was wir geschaffen haben, so sagte er weiter, können wir (wir, das sind in diesem Falle die Großverdiener, die Reichen und Schieber) zufrieden sein. Aber für die Unzufriedenen hatte der Redner auch etwas mitgebracht — Versprechungen nämlich. Die Preise werden wieder fallen, weil das Geld knapp wird. Jedermann wird „Jedermann-Ware“ kaufen können. Wenn Du Lohnempfänger, Du Arbeiter am Schraubstock und Büro, wenn Du Kriegs- oder Währungsoffer noch Mangel leiden mußt, dann tröste Dich, „der Weg zur Gesundheit ist hart und man muß Opfer bringen“, „der Brotkorb muß halt höher gehängt werden“. Und die Währungsgewinnler? Ja, die müssen radikal besteuert werden.

Eine Diskussion gab es natürlich nicht und im Polizeipräsidium war eine ganz erkleckliche Anzahl motorisierte und berittene Polizei konzentriert. Für alle Fälle!

Das wahre Jedermann-Programm ist Lohnerhöhung!

Der Frankfurter Wirtschaftsrat streut nur Sand in die Augen des Volk

Die Wogen der Empörung über die hohen Preise können keine Glättung finden. Die tatsächliche Lage zeigt eine tiefe Kluft zwischen Lohn- und Preishöhe, an der sich nichts ändert. Die Löhne sind zu niedrig und die Preise zu hoch. In ihrem gegenseitigen Verhältnis spiegelt sich ein unerhörter sozialer Tiefstand der breiten Masse des Volkes wieder.

„Preissteigerung keineswegs übermäßig“

Der Frankfurter Wirtschaftsrat, der sichtbar die Verantwortung für diesen Zustand trägt, hat noch nicht im geringsten seit dem die Preislawine das Leben des schaffenden Volkes zu ersticken droht, einen Ansatz zu einem Eingriff, zu einem Abwenden des Unheils gezeigt. Ab und zu gibt es höchstens eine Dosis Sand für die Augen derer, die vorwurfsvoll ihren Blick nach Frankfurt richten. Das Preiswuchergesetz war eine solche. Es existiert bereits eine geraume Weile. Der Effekt des Gesetzes ist gleich null; konnte nie anders sein. Dafür war es genügend unbestimmt und gebracht es ihm an jeglicher Voraussetzung wirksam zu werden. Die hohen Preise sind die Folge der Gesamtpolitik in Westdeutschland. Die Stuttgarter „Wirtschaftszeitung“ schrieb kürzlich: „Es ist für jeden, der in Währungsdingen Bescheid weiß, klar, daß eine so starke und kontinuierliche Vermehrung des Geldumlaufes zu einer allgemeinen Preissteigerung führen muß.“ Sie fügt sogar hinzu: „Angesichts der monetären

Entwicklung war die Preissteigerung keineswegs übermäßig.“ Daß es bei dem allgemeinen Hochklettern der Preise, ihrem Strecken nach der großen Gelddecke, die durch die Währungsreform gegeben wurde, auch Preiswucher Einzelner gibt, ist unbestritten. Mit dem Preiswuchergesetz sollte der Eindruck vermittelt werden, daß es sich bei der allgemeinen Teuerung nur um den Wucher von Einzelnen handelt. Es wurde bewußt abgelenkt auf eine Randerscheinung, um das Wesentliche der Politik Prof. Erhards nicht erkennen zu lassen.

Wieder Sand in die Augen des Volkes

Die neueste Dosis Sand, die Prof. Erhard parad hat, ist sein „Jedermann-Programm“; wieder ein Trost, dem bitteres Erwachen folgt. Den Verantwortlichen im Wirtschaftsrat dünkt das „Jedermann-Programm“ als das Mittel, über die gegenwärtige Protestwelle im Land hinwegzukommen. Mit Zeitgewinn soll also eine Klippe umschiffen werden. Man darf nicht unterstellen, daß man in Frankfurt den Willen hat, etwas zu ändern. Das Propagandagetöse um das „Jedermann-Programm“ ist nicht klein. „Die Lebensbedingungen der breiten Masse werden damit verbessert“, heißt seine Empfehlung. Für eine Anzahl Artikel sind inzwischen die „Jedermann-Preise“ bekannt geworden. Wir bringen sie für Schuhe in der Gegenüberstellung mit den Preisen, die der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt im allgemeinen für Schuhe anerkennt.

„Jedermann-Preise“ auch riesig hoch

Das Bild sieht so aus:	Warenart	Jedermannpreise	Preise der Vfw.
		DM	DM
	Herren-Straßenschuhe durchgehend genäht	24,50	
	Rahmen genäht	26,50	24,— bis 30,—
	Damen-Straßenschuhe durchgehend genäht	22,—	
	Rahmen genäht	23,75	21,50 bis 26,—
	angeklebt	23,75	
	Burschenschuhe	23,75	23,50 bis 27,—
	Arbeitsschuhe mit Gummisohle	25,75	27,50 bis 32,50
	mit Ledersohle	27,50	28,50 bis 35,—

Man sieht, der Unterschied ist gar nicht groß! Wie leicht ist er durch eine Qualitätsminderung geringfügiger Art ausgeglichen. Die „Jedermann-Preise“ sind nach dieser Veranschlagung, selbst wenn man dies nicht unterstellen wollte, noch riesig hoch. Mit einem Lohn-

einkommen, wie es dem Gegenwärtigen entspricht, ist der deutsche Arbeiter früher in der Lage gewesen, dieselben Schuhe, die das „Jedermann-Programm“ aufführt, für 7,— bis 12,— Mk. zu kaufen.

Es ist noch einiges zu sagen. Soweit

Man verträgt sich wieder

Keine Koalitionskrise in Württemberg-Baden wegen Frankfurter Wirtschaftsratpolitik — Genosse Nuding legt den Finger auf die Wunde der Koalitionspartner

(EB) Nur einige grollende Töne erinnerten in der Landtagssitzung vom 5. November 1948 noch an das Gewitter in der württembergisch-badischen Regierungskoalition CDU, SPD und DVP, das bei der Erörterung der Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates entstanden war. Der CDU-Abgeordnete André, dessen Auftreten einmal mehr Lachstürme entfesselte, bezeichnete die Angelegenheit als einen Sturm im Wasserglas, konnte aber nicht umhin, die Erwartung auszusprechen, daß nach der Vereinigung mit den südlichen Landesteilen eine Änderung in der Besetzung der Ministerposten eintreten möge.

Für die Kommunistische Partei sprach der Abg. Nuding. Er brachte zum Ausdruck, daß die Kritik des Wirtschaftsministers Veit an der Erhard-Politik in vielem richtig sei, aber sein Verhalten jegliche Konsequenz vermissen lasse. Minister Veit habe nicht nur als Delegierter in Frankfurt auf Befehl oder Anweisung der Regierung für das Programm Prof. Erhards stimmen müssen, sondern er habe auch in der württembergisch-badischen Regierung für das gleiche Programm gestimmt. Solange die deutschen Politiker nicht in den Grundfragen einig seien, wird es eine Vergewaltigung des deutschen Volkes geben. Keine der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, habe das Recht zu behaupten, sie sei bei der Errichtung des Wirtschaftsrates, bei der Währungsreform, oder anderen Gelegenheiten vergewaltigt worden. Alle hätten weg bleiben können und ihr „Nein“ gegen Empfehlungen, die Befehle sind, aussprechen können. In Bonn wurde der Antrag der Kommunisten, der Par-

lamentarische Rat möge seine Tätigkeit einstellen, abgelehnt.

Genosse Nuding behandelte eingehend das Doppelspiel der bürgerlichen Parteien. Die CDU werfe der SPD destruktive Politik vor und wenige Tage später wird von der „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Koalitionregierung“ gesprochen. Genosse Nuding zitierte die CDU-Zeitung, in der als Ziel verkündet wurde: „Was wir zur Wiederherstellung einer inneren Stabilität in Deutschland und in seinen Ländern brauchen, sind klare Regierungsmehrheiten einer Partei.“ Auf die Zwischenrufe „Sehr gut!“ fuhr Genosse Nuding fort: „Hören Sie das genau, liebe Freunde von der SPD. Solange werden Sie noch gebraucht, bis die Herrschaften stark genug sind, um Ihnen den Stuhl vor die Türe zu setzen.“ Auf den Zuruf des Abgeordneten Simpfendorfer (CDU): „Die SPD kann auch die größte Partei werden!“ erwiderte Genosse Nuding: „Ja, wir kennen dieses Ziel, wir haben es einmal erlebt und Präsident Keil (SPD) hat einmal in einer Rede in diesem Landtag gesagt: „Wir haben damals uns mißbrauchen lassen.“ Ueberlegen Sie, wie weit Sie heute sind.“

Auf die Frage Dr. Brandenburgs: „Wo ist Ihr Programm?“ antwortete Genosse Nuding eingehend und überzeugend. Wir werden diesen Teil der Rede in unserer nächsten Ausgabe wörtlich zum Abdruck bringen, da Genosse Nuding nicht nur eine programmatische Darstellung unseres Willens gab, sondern auch in gründlicher Kritik die Hohlheit und Unaufrichtigkeit der bürgerlichen Parteien und ihrer Politik aufzeigte.

es Schuhe betrifft, kommen für das „Jedermann-Programm“ nur ein Drittel der monatlichen Gesamtproduktion in Frage. Der Großhandel hält an der bei ihm üblichen Handelsspanne von 35 bis 49 Prozent für die übrige Produktion fest. Die Produktion für das „Jedermann-Programm“ bringt ihm 20 bis 25 Prozent.

Für Textilartikel sind insgesamt in diesem berühmten Produktionsprogramm 3500 Tonnen Baumwolle vorgesehen. Wir verfügen zwar nicht über viel Baumwolle, aber Fachleute schätzen, daß 3500 Tonnen etwa 15 Prozent der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden lange ausmachen. Der Löwenanteil verbleibt dem „freien Unternehmertum“ und der „freien Marktwirtschaft“.

Der „gerechte“ Preis der „freien Marktwirtschaft“

Aus diesen wenigen Ziffern geht hervor, daß es sich um ein ganz nettes Programm handelt, das Volk hinter Licht zu führen. Dem „Jedermann-Programm“ fehlt es natürlich nicht an der notwendigen Theorie, mit der es plausibel gemacht werden soll. Um Theorien ist das Unternehmertum und auch Prof. Erhard nie verlegen, wenn es sich darum dreht, im Volk die Geduld zu schaffen, um ihm das Fell über die Ohren ziehen zu können. Die Theorie über die „Jedermann-Preise“ besagt, daß mit ihnen die hohen Preise gedrückt werden sollen. Ihre Wirkung soll preisregulierend sein. Prof. Erhard tut dabei so, als ob er nun das Mittel gefunden hätte, mit dem er seine Worte über das „Einpendeln der Preise“ wahr macht. Das hört sich schön an. Die wenigen Beispiele über „Jedermann-Preise“, die wir angeführt haben, zeigen, daß es garnicht das Ziel ist, das übersteigerte Preisniveau zu verlassen. Die geringfügige Menge, der für das „Jedermann-Programm“ ins Auge gefaßte Waren, macht den Versuch der Preisregulierung von vornherein lächerlich. Es war ja der Zweck, mit der Aufhebung des Preisstopps, der „Freien Marktwirtschaft“ zum Siege zu verhelfen. Diese kennt das Gesetz von Angebot und Nachfrage, die den Preis regeln. Da heute das Angebot klein und die Nachfrage riesengroß ist, stellt sich seine Folge im Steigen der Preise ein. Der hohe Preis, den das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage ergibt, ist dann der vielgesprochene und gewünschte „gerechte“ Preis. Der Wunsch des Unternehmers ist dabei ein anderer als der des Arbeiters, nur daß sich der Wunsch der Unternehmer erfüllt, der hohe und „gerechte“ Preis ihnen hohe Profite und den Arbeitern, Angestellten und Rentnern das heutige Elend bringt.

Gebot: Lohnerhöhung auf Kosten des Unternehmerprofits!

Solange die ausgeplünderte breite Masse des Volkes dem „gerechten Preis“ nachjagt, solange sie bei dem Einzelnen nach Wucher fahndet und auf ein Preiswuchergesetz vertraut, solange sie sich Illusionen über ein „Jedermann-Programm“ hingibt, solange sie den Wucher nicht in der Gesamtkonzeption der Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates sieht, solange sie nicht erkennt, daß sie um einen höheren Lohn täglich, nicht nur mit Resolutionen an den Wirtschaftsrat, sondern mit den Unternehmern ihres Betriebes kämpfen muß, solange geht sie einen Irrweg. Daß sie den Irrweg weitergehen, werden Professor Erhard und andere noch mehr Programme und noch mehr Theorien entwickeln. Das Wort über die verhängnisvolle Lohn- und Preisspirale ist längst von diesen Kreisen gesprochen worden. Es wird, um von der zentralen Frage der Erhöhung des Lohnes abzulenken, versucht, einzureden, daß notwendigerweise einer Erhöhung der Löhne ein Steigen der Preise nach sich ziehen müßte. Die Unternehmer haben bei gleichbleibenden Löhnen unaufhörlich die Preise gesteigert. Sie haben das Beispiel der Falschheit ihrer eigenen Theorie geliefert. Der Kampf um höheren Lohn ist für das arbeitende Volk der Kampf um einen größeren Anteil an dem, was es selbst schafft, auf Kosten des Unternehmerprofites, der Schieber- und Spekulantengewinne.

-y. m. a.

Die Dinge auf den Kopf gestellt!

Unter dem Deckmantel der Kritik am „Volksecho“ — Angriff auf die Einheit der Gewerkschaften

Der „Volkswille“, das Wochenblatt der SPD Württemberg-Badens startete einen recht massiven Angriff auf die Einheit der Gewerkschaften. Es ist dies nicht verwunderlich, wenn man die parallelaufenden Vorgänge, den „Internationalen Gewerkschaftsbund“ zu spalten, als Grundlage dafür betrachtet, daß es nicht ausbleiben kann, daß ähnliches in unserem Land Württemberg-Baden versucht wird. Wie es gemacht wird, ist recht armselig und dürfte gewiß dazu angetan sein, jedem die Augen zu öffnen über die Rolle, welche gewisse Gewerkschaftsführer sich anschicken, zu spielen. Eine Rolle, die nicht dem Interesse des arbeitenden Volkes dient, sondern denen genehm ist, die mit „Empfehlungen“ Westdeutschlands ins Kielwasser des Imperialismus steuern.

Die Dinge werden in unserem Falle auf den Kopf gestellt. Es wird behauptet, die KPD greife die Gewerkschaften an. Das würde denen passen, die wir nun tatsächlich sachlich und nüchtern kritisieren, um die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten und zu vermehren.

Unser „Volksecho“ kritisierte einige der Gewerkschaftsführer anlässlich ihres Auftretens in den großen Protestversammlungen, die in den Städten Nordbadens gegen den Frankfurter Wirtschaftsrat durchgeführt wurden. In Mannheim eine Menschenmenge von 80 000 vor sich zu haben, um ihr dann eine Rede vorzusetzen, wie sie schlecht und recht zu dutzendenmalen bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit gehalten wurde, ist eine Gefahr für die Gewerkschaften. Es ist nicht weniger eine Gefahr — bei aller Richtigkeit zu unterstreichen, daß der gewerkschaftliche Kampf auch eine eminent wichtige politische Seite hat — die Verantwortung allgemein den Parteien zuzuschreiben. Es bleibt neben dieser eine Verantwortlichkeit der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsführung, die sich nicht erschöpfen kann in dem Hinweis auf die Parteien. Die Lohnfrage angesichts der hohen Preise hat ein politisches Gesicht. Für die Gewerkschaften hat die Lohnfrage aber die Seite, im Betrieb den Unternehmer zu stellen, Methoden und Formen der Auseinandersetzung des Kampfes zu erarbeiten, die den konkreten Verhältnissen und Bedingungen entsprechen. Dazu ist gewiß etwas zu sagen, wenn viele Zehntausende aus den Betrieben zusammen sind. Wenn man das nicht tut oder nicht kann, gibt man die Rolle der Gewerkschaften im Kampf um die wirtschaftliche Existenzsicherung der Arbeitenden auf. Dies ist der wesentliche Punkt unserer Kritik gewesen.

Ganz konkret kam dazu, daß eine von den Kartelldelegierten geforderte einmalige Herbstbeihilfe einfach verschwiegen wurde.

In dem Artikel des sozialdemokratischen „Volkswille“ ist zwar ver-

schleierte, aber immerhin recht aufschlußreich zum Ausdruck gebracht, was jenen, die die Gewerkschaften zur Domäne der SPD zu machen bereit sind, weh tut. Dr. Schumacher, der sozialdemokratische Parteiführer, müht sich ab, wie weiland Hitler und Goebbels es gegenüber England tat, zu beweisen, daß die SPD der beste Degen gegen den Kommunismus heute in Westdeutschland sei. Er liegt mit Dr. Adenauer darüber in Fehde. Es bleibt noch die Frage, wem man sich mit diesen „vorzüglichen“ Eigenschaften anpreist, eine Frage, die keinem Leser schwer fällt, sich selbst zu beantworten. Die Gewerkschaften sind nun für Dr. Schumacher und die SPD-Führung die scharfste Stelle in dem sonst blitzblanken antisowjetischen Degen, den sie zum Beweis ihrer Tüchtigkeit recht oft vorweisen. Diese Scharte auszuwetzen, ist nun das Ziel in den Gewerkschaften für die SPD-Führung und ihr höriger Gewerkschaftsführer. Für diese Kreise ist es unerhört, daß etwa in Betriebsräteversammlungen mit sozialdemokratischer Mehrheit Beschlüsse zustande kommen, die nicht der Linie des Hannoveraner Parteivorstandes entsprechen. Daß sich sozialdemokratische Arbeiter eben auch gegen ein „Notopfer für Berlin“ in der Erkennnis wenden, im „kalten Krieg“

der Großmächte nicht mitspielen, das ist das Unglaubliche für die Herren vom Parteivorstand. Deshalb wird versucht, eine Frontstellung gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften zu erreichen. Das Zusammenfallen dieser Tatsache mit den Wünschen verschiedener ausländischer Herren sei dabei nur am Rande vermerkt.

Der Tiefschlag gegen die Gewerkschaften kommt nicht von den Kommunisten. Er gehört zu dem Programm jener amerikanischen „Auch“-Gewerkschaftsführer, die das Patronat übernommen haben, in Deutschland gleichfalls einer gewerkschaftlichen Orientierung zum Durchbruch zu verhelfen, der in Amerika auch das große Monopolkapital wohlwollend gegenübersteht.

Wir vermerken die Absichten, wie sie sich in einem Artikel wie dem des „Volkswille“ kund tun, sehr wohl. Uns ist nicht entgangen, daß in der Ankündigung eines Artikels auf der ersten Seite des Blattes zu lesen steht: „Haltet die Gewerkschaften rein!“ In der Zeitung ist dann zu finden: „KPD-Angriff gegen die Gewerkschaften!“ Haltet die Gewerkschaften rein, vollkommen richtig! Haltet sie rein von einer Durchdringung und Durchsetzung von Gedanken der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und der Gewerkschaftspaltung. Der Bestimmung der Gewerkschaften, Kampforganisation des arbeitenden Volkes zu sein, wären diese Gedanken in verhängnisvoller Weise abträglich.

Landesgefängnis vor dem Arbeitsgericht

Am 19. Januar d. J. wurde einem Betriebsratsmitglied im Landesgefängnis Mannheim plötzlich gekündigt. Der Vorstand, Herr Regierungsrat Kammerer, hielt es nicht für nötig, eine Begründung zu geben. Nach einem Monat wurde vom Justizministerium mitgeteilt, daß Betriebsrat U. wegen „lässiger Dienstaussübung“ entlassen worden sei.

Die Entlassung wurde im Landesgefängnis vom größten Teil der Belegschaft als ungerechtfertigt, ja als Willkürakt empfunden. Der gesamte Betriebsrat hat in einem Schreiben die Rückgängigmachung der Entlassung und darüber hinaus die Ueberführung des betr. Betriebsrates in das Beamtenverhältnis verlangt, um das geschehene Unrecht wieder gut zu machen.

Für die Zustände im Landesgefängnis, die wir wiederholt schon anprangern mußten, ist mehr als alles andere bezeichnend, daß der damalige Betriebsratsvorsitzende Z. heute vor dem Arbeitsgericht nicht mehr zu dem stehen will, was damals der Gesamtbetriebsrat, und er mit, beschlossen hat. In der Arbeitsgerichtsverhandlung am 4. November 1948 konnte der Zeuge Oberwachmeister Z., eben der damalige Betriebsratsvorsitzende, nicht bezeugen, daß dem entlassenen Betriebsrat U. Unrecht angetan worden ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Landesgefängnis seit 1945 alle Beamte und Angestellte, die fortschrittlich eingestellt waren, die auch einmal Kritik geübt haben, auf die eine oder andere Weise hinausbugsiert worden sind, (wir erinnern nur an den Fall Faulhaber), dann kann man verstehen, warum der ehemalige Betriebsratsvorsitzende nicht mehr zu dem steht, was er ehemals selbst mit beschlossen hat.

Es ist auch bezeichnend, daß die Entlassungsgründe im Falle des Betriebsrates U. erst dann rekonstruiert und zusammengetragen worden sind, nachdem von seiten der Gefängnisleitung mit einem Prozeß beim Arbeitsgericht gerechnet wurde. In den Monaten März bis Mai 1948 fanden mehrere Arbeitsgerichtsverhandlungen in dieser Sache statt, dann folgte eine lange Pause.

Nunmehr trat, nach acht Monaten, das Arbeitsgericht erneut zusammen, um festzustellen, daß die Kündigung zu Recht erfolgt sei.

Wer Gelegenheit hatte, den Prozeß zu verfolgen, wer gesehen hat, wie die Entlassungsgründe an den Haaren herbeigezogen wurden, der weiß, daß hier ein absoluter Fehlspruch vorliegt. Die Schlußverhandlung vor dem Arbeitsgericht hat wieder einmal blitzartig die Zustände im Landesgefängnis enthüllt. Während es bei verschiedenen anderen Behörden immerhin möglich ist, daß die Betriebsräte in Personalangelegenheiten informiert werden, gab es beim Landesgefängnis etwas derartiges nicht. Aus den Aussagen des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden ging hervor, daß die Betriebsräte keinen Einblick in die Personalakten bekamen, daß sie nicht informiert werden, wenn Entlassungen oder Versetzungen vorgenommen werden.

Protest gegen Gehaltskürzung

(EB) Am Donnerstag, dem 11. November, 16 Uhr, werden alle Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes in Mannheim in einer großen öffentlichen Kundgebung im Rosengarten gegen die Ausführungen des Finanzministers Köhler protestieren, der eine 20proz. Herabsetzung der Bezüge für alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen gefordert hat.

VVN

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Sonntag, den 21. November, 9 Uhr in den Mannheimer Motoren-Werken.
VVN, Kreisstelle Mannheim.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim S 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S 3, 10, Tel.-Nr. 431 60. Druck: Mannheimer Großdrucker, Mannheim R 1, 4-6. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

11 Millionen DM Reingewinn im Vierteljahr

Was die Opelwerke an der Währungsreform profitierten

Frankfurt. (EB) Die Opelwerke in Rüsselsheim, ein Tochterunternehmen der General Motors Corporation, des größten Automobilkonzerns der Welt, erzielten vom 21. Juni bis zum 30. September dieses Jahres einen Reingewinn von 11 Millionen D-Mark. Die Ziffern stammen aus einer Mitteilung des „Sozialistischen Informationsdienstes“.

Die Belegschaft der Opelwerke ist 10 000 Mann stark. Auf den Kopf der Belegschaft umgerechnet bedeuten die 11 Millionen DM Gewinn in einem

Vierteljahr 1100 DM, das Doppelte also, was ein Arbeiter oder Angestellter in dieser Zeit durchschnittlich verdiente.

Die Opelaktionäre können einen solch riesigen Gewinn schieffeln, denn die Preise für Opelwagen haben sich verdreifacht, während die Löhne im wesentlichen noch auf der Höhe des Jahres 1938 liegen.

Der Opelkonzern hat die Forderung der Arbeiter auf eine Lohnerhöhung um 28 Pfg. pro Stunde abgelehnt. Das ist die Kehrseite der Medaille.

Eigenartige Feuerwehrrübungen in Karlsruhe

Oberbürgermeister Töpfer neuer Feuerwehr-Kommandant?

Die Anwohner der Gottesauer Kaserne waren am Donnerstag, dem 28. Oktober, Zeuge eines eigenartigen Schauspiels.

In den Hof der Gottesauer Kaserne rückte plötzlich die Karlsruher Feuerwehr ein. Natürlich glaubte jeder, daß es sich um eine der üblichen Feuerwehrrübungen handele, denn von einem Brand war nichts bekannt, und auch nichts zu sehen. Die Zuschauer waren daher sehr überrascht, als weder die Feuerwehrleitern in Erscheinung traten, noch entsprechende Befehle zur Brandbekämpfung gegeben wurden.

Die Feuerwehrmänner eröffneten vielmehr das Feuer, will heißen, sie richteten befehlsmäßig die Schlauchöffnungen auf einen angenehmen Angriffspunkt, „riegelten“ Unbekanntes ab und taten ganz so, als ob sie gegen eine feindliche Macht, die jedoch unsichtbar war, ankämpften. Ein entsprechendes Polizeiaufgebot war ebenfalls zur Stelle.

Unser Berichterstatter erkundigte sich nach beendetem Gefecht über den Sinn der Übung und bekam recht interessante Auskünfte. Der Befehl zu dieser Übung, die absolut nichts mit dem Reglement der Feuerwehr zu tun hat, wurde unmittelbar durch den Oberbürgermeister Töpfer gegeben. Der „Übung“ lag die Annahme zu Grunde, daß bei Massenkundgebungen wie sie kürzlich in Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und anderen Städten gegen den Preiswucher stattfanden, es notwendig werden könnte, durch kombiniertes Vorgehen von Feuerwehr und Polizei die über die Wucherpreise empörten Menschen auseinanderzutreiben.

Kleiner Belagerungszustand in Mannheim?

Anlässlich der Erhard-Versammlung am 8. November schien die Stadt Mannheim in einen kleinen Belagerungszustand versetzt worden zu sein. Am Polizeipräsidium standen mehrere Lastwagen mit Polizei. In der Bismarckstraße berittene Polizei, marschfertig, auf den Einsatzbefehl wartend. Verstärkter Streifendienst in der Stadt und ein Lastwagen voll Polizei vor dem Rosengarten.

Warum dies alles? Sollte Herr Erhard vor der Liebe seiner Mitbürger geschützt werden? Oder befürchtete man, daß sich die Mannheimer an den Luxusläden vergreifen würden?

Man sollte die polizeilichen Machtmittel einmal gegen die Wucherer einsetzen. Man sollte mit der Erhard'schen Ausbeutung des Volkes endlich Schluß machen. — Dann werden solche „Vorbeugungsmaßnahmen“ ganz von selbst überflüssig.



Sport der Woche

Waldhof bringt dem Club die erste Heimmiederlage seit drei Jahren bei

Südd. Oberliga

VfR Mhm.	—	Eintracht Frankfurt	1:0
1. FC Nürnberg	—	SV Waldhof	0:1
FC Rödellheim	—	Schweinfurt 05	0:2
Bayern München	—	Stuttg. Kickers	1:2
FV Frankfurt	—	1860 München	0:2
VfB Stuttgart	—	VfB Mühlburg	1:0
Ulm 1846	—	Kickers Offenbach	1:3

Mit dem knappsten aller Siege gelang den Waldhöfern der große Wurf, den Club auf eigenem Platz zu besiegen. — Auch der VfR Mannheim siegte 1:0 gegen Eintracht Frankfurt in einem — abgesehen von der ersten und letzten Viertelstunde — keineswegs sehr hochstehenden Spiel. — Unser dritter badischer Vertreter Mühlburg unterlag in Stuttgart gegen den VfB mit 1:0 und nur durch Pech blieb ihm der verdiente Ausgleich versagt. — Die anderen Spiele verliefen ohne besondere Überraschungen. — Der kommende Sonntag bringt für Mannheim die Begegnung Waldhof — Ulm 46. — Mühlburg empfängt Bayern München. — Der VfR Mannheim muß

nach Augsburg zu den Schwaben. — Die übrigen Spiele: Rödellheim — Eintracht Frankfurt, Kickers Offenbach — FSV Frankfurt, Stuttgarter Kickers — BC Augsburg, Schweinfurt 05 — VfB Stuttgart, 1860 München — 1. FC Nürnberg.

Badische Landesliga

1. FC Pforzh.	—	Germ. Brötzingen	1:1
Knielingen	—	ASV Durlach	2:3
Friedrichsfeld	—	VfR Pforzheim	2:1
Rohrbach	—	Sandhofen	1:1
Phön. Karlsruhe	—	ASV Feudenh.	1:2
Schwetzingen	—	Viernheim	0:1

Die Treffen der Landesliga hatten keinen besonderen Schlager, Feudenheims Sieg gegen Phönix Karlsruhe auf deren Platz überrascht aber immerhin. — Das kommende Wochenende bringt die Begegnungen Feudenheim — Rohrbach, VfR Pforzheim — Viernheim, Durlach — Friedrichsfeld, Knielingen — Neckaras, Brötzingen — Sandhofen, Schwetzingen — Phönix Karlsruhe, wobei wir die Platzvereine, abgesehen von dem Spiel in Knielingen, als Sieger erwarten.